

öffentliche Kritik maßgeblich dazu bei, die Autorität dieser Organe zu heben.

b) Ein weiterer markanter Zug der Volksdiskussion bestand darin, daß die Erörterung der Probleme der Führungstätigkeit der gewählten staatlichen Machtorgane auch die demokratische Mitwirkung an der Leitung der unmittelbaren Produktionsprozesse aktivierte. In Produktionsberatungen, ökonomischen Konferenzen und in anderen demokratischen Formen berieten Arbeiter, Angestellte und Angehörige der technischen Intelligenz die besten Methoden zur Erreichung der Ziele der Volkswirtschaftspläne.<sup>18</sup> Die Aussprache zum Wirtschaftsplan und zu den „Grundsätzen“ erweiterte und vertiefte damit die Quellen, aus denen die Volksvertretungen schöpfen können und müssen, um in vielschichtiger kollektiver Willensbildung zur sachkundigen Entscheidung volkswirtschaftlicher Fragen zu gelangen und sich auf eine breite demokratische Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Beschlüsse in den Betrieben selbst stützen zu können.

Zu einer erheblichen Erweiterung der Basis der Führungstätigkeit der Volksvertretungen als allumfassender Massenorganisationen trug auch die Neuwahl der Ausschüsse der Nationalen Front im Rahmen der Volksdiskussion bei.<sup>19</sup> Sie hob nicht nur eine große Zahl neuer Kräfte in die Verantwortung für die Lösung gesellschaftlicher und staatlicher Aufgaben, sondern mobilisierte auch gleichermaßen von dieser Seite her — aus der Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Nationalen Front — den kollektiven Sachverstand für die Beratungen und Entscheidungen der Volksvertretungen über alle Fragen des öffentlichen Lebens. Insgesamt wurden bis Ende Juli 1956 290 000 Männer, Frauen und Jugendliche aller Berufe in die Ausschüsse der Nationalen Front gewählt. Gegenüber der Wahl des Jahres 1954 verdoppelte sich damit die Zahl ihrer Mitglieder. An der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen waren mehr als 2 Millionen Bürger beteiligt.<sup>20</sup>

c) Schließlich bestand ein Merkmal der Volksaussprache des Jahres 1956 gegenüber früheren vergleichbaren Anlässen darin, daß in ihr die unmittelbare staatsrechtliche Willensbildung durch die Bevölkerung direkt mit dem Vollzug dieses Willens unter der Kontrolle der Bevölkerung und ihrer gewählten Organe verbunden war. Die bei den örtlichen Volksvertretungen für die Auswertung der Diskussion gebildeten zeitweiligen Ausschüsse oder Kommissionen trugen dafür Sorge, daß die auf spezielle örtliche Belange bezogenen Vorschläge in Programme aufgenommen und in der praktischen Arbeit verwirklicht wurden. Auch die Volkskammer überwachte durch eine Arbeitsgruppe ihrer Abgeordneten die Auswertung der öffentlichen Diskussion in den zentralen Organen des Staatsapparates. Die Volksvertretungen legten darüber in der Öffentlichkeit Rechenschaft ab.

Bezirkstage, Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen gingen unverzüglich dazu über, ihre Arbeitsorganisation und Arbeitsweise nach den „Grundsätzen“ zu gestalten. Die praktische Erprobung dieser Grundsätze führte zu neuen Vorschlägen und Anregungen, die die endgültige staatsrechtliche Ausgestaltung der Gesetzeswerke befruchteten. In diesem Zusammen-

<sup>18</sup> Der Ministerrat hatte bereits am 3. 5. 1956 die Kontrollziffern für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1957 bestätigt und damit diese Beratungen auf konkrete Probleme gelenkt (vgl. ND vom 5. 5. 1956).

<sup>19</sup> Die 3. Parteikonferenz der SED hatte die Bedeutung der Nationalen Front und ihrer Ausschüsse für die Verwirklichung der Staats- und Wirtschaftspolitik in der neuen Periode ausdrücklich hervorgehoben (vgl. Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED. a. a. O., S. 691; vgl. ferner H. Seigewasser, „Zu den Neuwahlen der Ausschüsse“. Stimme des Patrioten, 1956, Nr. 10, S. 3f.).

<sup>20</sup> vgl. ND vom 8. 8. 1956.